

SIE MÜSSEN DAUERND RÜCKSICHT NEHMEN

Sechs Wochen, nachdem die Intendanz des Norddeutschen Rundfunks kurz vor Sendebeginn die Ausstrahlung einer Folge des TV-Kabarett „Hallo Nachbarn!“ untersagt hatte und deswegen öffentlich der Zensur beschuldigt worden war, wurde vorletzten Sonnabend im Dritten Programm des NDR-Fernsehens unter dem Titel „Schwierigkeiten beim Zeigen der Wahrheit?“ der erste Beitrag einer „Sendereihe über politische Fernsehmagazine“ vorgeführt. Thema: „Panorama“. In der Sendung berichtete auch der ehemalige „Panorama“-Chef (Januar bis Dezember 1964) Professor Eugen Kogon über seine TV-Arbeit:

Die Sendung hat den Sinn ... mit Salz die Demokratie schmackhaft zu machen. Sie hat nicht die Aufgabe ... Pfeffer in der Gegend herumzustreuen ... nur damit Klamaus in diesem Lande sei ... Aber, das versteht sich von selbst, daß bei der Erfüllung einer solchen Aufgabe ununterbrochen Schwierigkeiten auftauchen — Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit, Schwierigkeiten mit bestimmten Gruppen, mit bestimmten Personen, Schwierigkeiten in den Häusern selbst, in den Rundfunkstationen, hier beim NDR. Von dieser letzten Komplikation will ich ganz besonders sprechen, denn sie hat praktisch zu meinem Rücktritt geführt ... Am 9. November und zum 9. November 1964, es wird mir unvergänglich bleiben, haben wir zum sogenannten Volkstrauertag eine Sendung vorbereitet über diesen Volkstrauertag, und zwar von (dem Schriftsteller) Christian Geissler. Eine sehr scharfe, kritische Sendung, denn auch ich war der Meinung, mit dem Autor zusammen, daß dies keine Heroisierungsgelegenheit sein sollte, sondern ein Tag der Besinnung gegen den Krieg, gegen alles, was zu diesen Kriegsmöglichkeiten führt. Eineinhalb Stunden vor der Sendung erfolgte der sogenannte Durchlauf, das heißt also; es wurde die Sendung dem Intendanten vorgespielt, der aber nicht da war, es wurde also dem stellvertretenden Intendanten gezeigt, und kaum war die Sendung vorüber, erfolgte der volle Einspruch. Der stellvertretende Intendant — ein sehr liberaler Mann beim NDR — sagte, das ist ausgeschlossen, daß der Beitrag über den Volkstrauertag erscheinen könne. Das sei also destruktivste Politik und richte sich praktisch auch gegen die Bundeswehr. Ich stellte das gänzlich in Abrede, fuhr sofort hin, debatierte mit ihm etwa 20 Minuten

freundschaftlich, aber in der härtesten Weise gegeneinander. Wir konnten einander nicht überzeugen, worauf ich sagte, gut, dann kann die Sendung heute abend nicht von mir präsentiert werden, ich lasse diesen Beitrag nicht aus, oder die Sendung findet ohne mich statt ... Am Schluß meinte der stellvertretende Intendant, nun gut, er sei bereit, nachzugeben, wenn ich auf ... ein Stück dieser Sendung ... verzichtete, nämlich auf die Darstellung einer Aktion der (gegen Atomwaffen und Luftschutz protestierenden) Ostermarschierer. Das berühmte Tabu in der Bundesrepublik. Die Ostermarschierer dürfen nicht erwähnt werden, ihr Name darf nicht einmal fallen. An ihnen heften sich so alle Ressentiments dieser



Kogon

Republik an. Ich habe gesagt, ich würde schweren Herzens diesen kleinen Teil opfern, um das Ganze bringen zu können, aber es sei eine Sache des Autors. Ich fuhr sofort (zum Sendestudio) nach Lokstedt und habe den Autor meinerseits vor die Alternative gestellt, die Sendung findet also statt, wenn das herausgeschnitten wird ... Ich habe es ihm empfohlen zu tun. Er hat's dann auch getan, und so wurde der Schnitt also vollzogen. Die Sendung kam ... Der Intendant und sein Stellvertreter stehen in einem ganz bestimmten Kräftefeld, auf das sie dauernd Rücksicht nehmen müssen, wenn sie in der Leitung einer so riesigen Anstalt bleiben wollen ... Sie nehmen also Rücksicht, je näher die Wahltermine kommen — um so mehr. Unsereins kennt solche Rücksichten nicht, hat nur die öffentliche, gesellschaftliche, politische Entwicklung vor Augen, und nach bestem Wissen und Gewissen und mit den besten Mitteln werden diese Dinge, wie ich es gezeigt habe, dargestellt. Dies führt notwendigerweise zu Konflikten zwischen den beiden Instanzen. Am besten wäre es, wenn Außenseiter, wie zum Beispiel ich, solche Sachen unabhängig wirklich machen könnten. Das geht aber nicht. Sie sind auf die Hierarchie, auf die riesige Apparatur in jeder Hinsicht ... angewiesen ... um solche Sendungen zu machen. Ich weiß nicht, wie man den Konflikt lösen könnte. Das geht ein-, zweimal, wie zum Beispiel in diesem Fall, durch einen Kompromiß.

PASSIERSCHEINE. Die DDR will den Abschluß eines neuen Passierschein-Abkommens mit ihrer staatlichen Anerkennung koppeln. Der in den letzten Vereinbarungen zwischen Pankow und dem West-Berliner Senat enthaltene Passus „Beide Seiten stellten fest, daß eine Einigung über Orts-, Behörden- und Amtszeichnungen nicht erzielt werden konnte“ soll künftig entfallen; statt dessen will die DDR das Abkommen wie einen normalen Vertrag zwischen zwei souveränen Staaten abfassen. Weitere Bedingungen der Zone: Fortfall des Hausrechts der West-Berliner Beamten in den (paritätisch von Ost und West besetzten) Passierschein-Ausgabestellen und die Begrenzung des neuen Abkommens auf Ostern und Pfingsten. Berlins Regierender Bürgermeister Brandt ist nicht bereit, nachzugeben: Sein Unterhändler, der Senatsrat und Leiter der Politischen Abteilung Horst Korber, unterbricht demonstrativ die Passierscheingespräche, um gemeinsam mit drei Senatsangehörigen in England Polizeiprobleme zu erörtern.

MASSHALTEN. Der Haushaltsausschuß des Bundestags hat Heinrich Lübkes Repräsentationsfonds für 1966 gekürzt. Bei der Beratung über den Etat Lübkes und seines Präsidialamtes für 1966, der auf Vorschlag der Bundesregierung gegenüber dem Vorjahr von 3,9 auf 8,2 Millionen Mark heraufgesetzt werden soll (SPIEGEL 4/1966), beantragte der CDU-Abgeordnete Baier, Lübkes Repräsentationsfonds nicht — wie im Kabinettsbeschluss — von 220 000 auf 300 000, sondern nur auf 275 000 Mark zu erhöhen. SPD-MdB Hermsdorf intervenierte unter Hinweis auf Lübkes besondere Repräsentationspflichten in Berlin. Christdemokraten und Freie Demokraten verwarfen den Einwand des Sozialdemokraten und billigten Baiers Antrag gegen die Stimmen der SPD.

KOALITIONSWUNSCH. Die Nationaldemokratische Partei (NPD) in Niedersachsen will sich mit militanten Katholiken verbünden. Der Landesvorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Lothar Kühne, teilte in einer nicht-öffentlichen Versammlung seiner Partei in Hannover mit, er wolle Gespräche mit den Führungsgremien der (um die Propagierung von Christenpflichten bemühten) „action 365“ des Jesuiten-Paters Leppich führen, um „eine Zusammenarbeit der positiven Kreise des deutschen Christentums und der NPD zur geistigen Erneuerung unseres Vaterlandes“ vorzubereiten. Dazu der Organisationsleiter des niedersächsischen NPD-Landesverbands, Wolf-Dieter Kaufmann, auf der gleichen Versammlung: „Leppich ist im Geiste unser Mann. Uns liegen Berichte über Kundgebungen vor, nach denen sich unsere Partei keinen besseren Propagandisten als Pater Leppich wünschen könnte. Übrigens: Seine Sekretärin ist auch NPD-Mitglied.“